

Was zum Teufel sind Wachstumsbeschleunigungs-Gesetze ?

Wessen Wachstum soll denn gesetzlich beschleunigt werden ? Behauptungen, dass z.B. Arbeitsplätze nur durch einen freien Lohn-Dumping-Markt für die so genannten Leistungsträger der Nation stattfinden könne, Produktionswachstum nur stattfindet, wenn Reiche noch reicher gemacht werden, sind längst widerlegte Täuschungen der Bevölkerung durch die Lobbyisten, die auf den Schößen der Regierenden hocken. **Zu einem Wachstum der Volkswirtschaft muss Kaufkraft für Alle vorhanden sein !** Es bringt gar nichts, immer mehr Geld an die, die sowieso schon ausreichend versorgt sind, staatlich zu verteilen. Existenzsichernd bezahlte Arbeitsplätze müssen eingerichtet werden. Unzählige Milliarden verschwinden in den Taschen Weniger, während weiterhin nicht ausreichendes Einkommen großer Teile des Volkes diese Menschen in die Lage versetzen, angebotene Waren nicht kaufen zu können. Nur eine Stärkung der Kaufkraft Vieler kann den Binnenmarkt wieder anregen, läßt existenzsichere Arbeitsplätze entstehen und auch erhalten. Die Abwrackprämie hat Gier erzeugt, hat auch unzählige Fahrzeuge mit Wert über 2.500 € den Schrottpressen zugeführt, auch viele kriminelle Energien, z.B. Abkassieren der Prämie und Verschieben des Fahrzeugs

Verfassungsgericht bestätigt: bewusst unkorrekte Ermittlung der Hartz IV-Regelsätze durch ROT/GRÜN-Regierung



in nichteuropäische Länder erzeugt. Dass überwiegend als kriminell zu bezeichnende Beratungsgeschäfte von allen Bundesregierungen genutzt werden, um den Haushalt klein zu halten, wird immer deutlicher. Peter Hartz ein VW-IGMetall- und auch Schröder-Genosse ist der Namensgeber der Gesetze. Durch eine rechtskräftige Verurteilung ist seine kriminelle Energie bewiesen. Zum Start von Hartz IV wurde der Regelsatz zu den Hartz IV-Gesetzen willkürlich, d.h. rechtswidrig und damit kriminell zu nennen festgesetzt. Mittäterschaft an diesem Verbrechen tragen die Medien, die, anstatt selbst zu recherchieren, die Klischees von faulen Erwerbslosen bedienen (und es auch heute noch tun), Meldungen verfälschen. Über die Klage, dass Kinder im Regelsatz rechtswidrig nur als ein %-Anteil Erwachsener behan-

delt werden, Ausbildungs- bzw. Wachstums-Mehrbedarfe und vieles mehr benötigen, hat das angerufene Landessozialgericht Hessen zu der Festsetzung der Regelsätze selbst recherchiert mit dem Ergebnis, dass das Zustandekommen der Regelsätze und diese selbst einer Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht zu unterziehen seien. Am 20. Okt. 2009 konnten Vertreter der Bundesregierung (BMAS) nicht beweisen, dass die Regelsätze das Sozialstaat-Gebot und die Menschenwürde berücksichtigten, verfassungskonform ermittelt sind. Gegenteiliges kam heraus: "Berater", die auch heute noch für mehr Privatisierung und für einen gänzlichen Abbau des Staates propagieren, um damit dem Kapital zu zu arbeiten, hatten, völlig undemokratisch, die Regelsatzhöhe von West = 345 € und Ost = 331 € der ROT/GRÜN-Regierung Schröder / Fischer gegen Honorar zugeflüstert. Schon damals hatten unabhängige Gutachter einen doppelten Betrag als notwendig erachtet. Das Verfassungsgericht will im Januar entscheiden. Wer als ALG-II-Empfänger im Dez. 2009 noch seinen Überprüfungsantrag nach §44 stellt, kann durchaus für 4 Jahre zurück mit Nachzahlung rechnen. Das ergäbe echte Wachstumsbeschleunigungen. Formulare im Internet oder direkt bei den ELO-Gruppen. (HaDe)

Das Kapital verhalf 1998-2005

Rot-Grün

an die Tröge der Macht ?

Wundere Dich nicht

Dass SPD und DGB schwiegen

Das Kapital verhalf auch

Wohlfahrtsverbänden

zu mehr Ausbeutungs-Macht ?

Wundere Dich nicht

Dass auch diese schwiegen

Das Kapital verhalf Sept. 2009

Schwarz-Gelb

an die Macht ?

Wundere Dich nicht

Dass Du "total privatisiert" wirst

Direkt oder indirekt betroffen ? - Erwerbslos ? - ALG-II- oder SozialgeldempfängerIn ?

Zu Risiken und Nebenwirkungen empfehlen wir den solidarischen Zusammenschluss, Aufnahme des Kampfes in Gruppen, in denen sich Gleichgesinnte bereits zusammengeschlossen haben. **Kontakte siehe letzte Seite**

@lptraum - eine kostenlose Zeitung der Projektgruppe gegen die Agenda 2010

Wir treffen uns z.B. jeden Montag 18.00 Uhr bei der Montagskundgebung am Schillerdenkmal.

MitstreiterInnen sind herzlich willkommen !

www.alptraum.org - info@gegen-sozialabbau.de



@lptraum ist erfreut: Der SozialTarif wird angenommen

Um den SozialTarif in der Region straffrei nutzen zu können, müssen Berechtigte bei den häufig zu erwartenden Kontrollen im Bereich des GVH 4 Ausweise vorzeigen: 1.) einen zum Fahrtantritt gültigen Fahrausweis TagesEinzelTicket S, ausgestellt für die richtige Ticket-Zone. 2.) die 30 Tage gültige Wertmarke á 4,- €, die bereits vor einer Kontrolle mit Namen der Berechtigten versehen sein muss. 3.) Hannoveraner müssen den Hannover-Aktiv-Pass, Regionsbewohner den Region-S-Pass vorzeigen, die 4.) nur in Verbindung mit einem stets mitzuführenden, amtlichen Lichtbildausweis anerkannt werden. Alles verstanden? Dann man los. Nutzt die Mobilität zu politischen Treffen, um die Evaluation

zum SozialTarif in der Region zu begleiten. Ist der GVH Gewinner des SozialTarifs? Einnahmen beim Verkauf der TagesEinzelTicket-S, dazu Subvention in Höhe 11,- € zu jeder verkauften Wertmarke á 4,- €. Meldung vom 11.11.09: Da bisher ca. 11.500 Berechtigte das Angebot nutzten, sind bereits 46.000 € durch den Wertmarken-Verkauf und 126.000 € an Subventionen im 1. Monat zu verbuchen. Art der verkauften Einzelfahrscheine zum Ticket-S, ist nicht genannt. Verkauf von 96.000 Fahrscheinen, Mindestpreis Zone 1 = 2,10 €, hat dem GVH mehr als 201.600 € eingebracht, somit im Oktober 2009 beachtliche 374.100 € Mehreinnahmen durch den SozialTarif. Mitarbeit Betroffener an der Evaluation ist angefragt. (HaDe)



@lbert 1stein im Dezember:
*"Zwei Dinge sind zu unserer Arbeit nötig:
 Unermüdliche Ausdauer
 und die Bereitschaft,
 etwas, in das man viel Zeit und Arbeit
 gesteckt hat, wieder wegzuerwerfen."
 (Albert Einstein 1879-1955)*

@lptraum-SozialTarif: Und das sind die Kosten ab 13. Dezember 2009

MonatsCard	51,00 €	60,80 €	73,30 €	87,30 €
Für Kinder 6-14 Jahre Gesamtes Tarifgebiet (1,20 €) ErmäßigungsTicket-S	h1	h1 + h2 (2,20 €)	Zone 2 (2,90 €)	Zone 3 (3,60€)
EinzelTagesTicket-S	(Die Mengen-Preise berücksichtigen den Kauf der 4,00 € Wertmarke)			
5,20 €	1	6,20 €	6,90 €	7,60 €
8,80 €	4	12,80 €	15,60 €	18,40 €
13,60 €	8	21,60 €	27,20 €	32,80 €
18,40 €	12	30,40 €	38,80 €	47,20 €
23,20 €	16	39,20 €	50,40 €	61,60 €
28,00 €	20	48,00 €	62,00 €	76,00 €
32,80 €	24	56,80 €	73,60 €	90,40 €
37,60 €	28	65,60 €	85,20 €	104,80 €

Die Ticket-Zone 1 entspricht der Card-Zone h1+h2. Preiserhöhungen gelten ab dem 13. Dezember 2009.

GVH-Erhöhung "Wertmarke-S" und "Ticket S" ab 13. Dezember 2009:

Die Tickets sind bei den Verkaufs- und Servicestellen des GVH erhältlich, an den Automaten der üstra AG und der DB Regio AG sowie beim Fahrpersonal der RegioBus Hannover GmbH und der üstra AG: www.alptraum.org
 Mit der Einführung des GVH-Sozialtarifes zum 01.10.2009 entfällt das bisherige GVH-Tarifangebot "HannoverPass"

Impressum: "ALP-Traum" ist ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt der Projektgruppe "Agenda 2010 kippen" Hannover
 + + + Mitglied im DPV - Deutscher Presse Verband e.V. für Journalisten, Hamburg + + +
 Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, mobil 0151 / 16 56 24 31
 @lptraum-Redaktion (Alp) - Gastbeiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.
 Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, Schützenstr. 12, 30161 Hannover
www.alptraum.org, Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, Email: info@gegen-sozialabbau.de
 @lptraum erscheint monatlich, Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung
Spendenkonto: H.- D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg
 Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch.
 Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.
 Bei Spendeneinzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papiaerausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben. Danke.

**Unterstützt bitte weiterhin unsere ehrenamtliche Arbeit. Spendenkonto:
 H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg**

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch.
 Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.
 Bei Spendenzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papiaerausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben Danke.

Der Sozialismus glaubt an das Gute, der Kapitalismus an den Bonus



Wer hilft in Hannover den Hartz-IV-Betroffenen ?

ASG, Walter-Ballhause-Str. 4	Termin vereinbaren, 44 24 21
ALZ, An der Christuskirche 15	Termin vereinbaren, 167 686-0
IG Metall, Postkamp 12	Termin vereinbaren, 124 02-45
ver.di, Goserieide 10	Termin vereinbaren, 12 400-0
SoVD, Herschelstr. 31	Termin vereinbaren, 70 14 8-21
SvDK, Rote Reihe 15	Termin vereinbaren, 1 31 72 20
pro familia, Goserieide 10	Termin vereinbaren, 36 36 06
[ka:punkt], Gruppenstraße 8	Termin vereinbaren, 27 07 39-0
Erwerbslosen-Begleitservice	...ist im Aufbau 0173 / 138 70 81

Zu Risiken und Nebenwirkungen: Erwerbsloseninitiativen befragen!
Die "freien" Beratungsstellen sind finanziell und politisch unter Druck gesetzt, erheben Gebühren. Sie sind oft sogar selbst die Träger von 1-Euro-Job-Zwangseinrichtungen!

@lptraum-Hartz IV: Zuschuss für Schülerkarte ?

Durch Schließungen von Schulen müssen Schüler oft Schulen außerhalb des Wohnortes besuchen. Ist es möglich die entstehenden Fahrkosten zur Schule für Schüler, die Mitglied der Hartz IV-Bedarfsgemeinschaft sind, im Rahmen des § 23 SGB II zu erstatten? Eine Erstattung nach § 23 SGB II von Fahrkosten für Schüler, die Mitglieder einer BG, einer so genannten Bedarfsgemeinschaft oder eigenständige erwerbsfähige Hilfebedürftige (EHB) sind, von der Wohnung zur Schule ist **nicht** möglich. Dabei ist es unerheblich, ob sich die Schule im oder außerhalb des Wohnortes befindet. Die Regelung des § 23 SGB II ist nur anwendbar, wenn im Einzelfall ein von den Regelsätzen umfasster und nach den Umständen unabwiesbarer Bedarf nicht gedeckt werden kann. In der Höhe der Regelleistung nach § 20 SGB II sind die Verbrauchsausgaben für Verkehr mit ca. 4 Prozent (ÖPNV = 19,20 Euro) enthalten. Unabwiesbar ist ein Bedarf dann, wenn er nicht aufschiebbar, daher zur Vermeidung einer i.d.R. unvorhersehbar eintretenden akuten Notsituation unvermeidlich ist. Fahrkosten stellen jedoch monatlich wiederkehrende Aufwendungen dar, so dass die in § 23 Abs. 1 SGB II angeordnete Aufrechnung faktisch "zu einer belastenden Hypothek für die Zukunft würde. Zwar kann verfassungswidrigen Auswirkungen dieser Regelung ggf durch einen (nachträglichen) Erlass nach § 44 SGB II Rechnung getragen werden; jedoch taugt dieser Gedanke wenig bei Dauerbedarfen. Der Erlass müsste dann mit der Darlehensgewährung verbunden werden;



die Darlehensgewährung würde damit ad absurdum geführt. Eine solche Lösung wäre im Ergebnis eine Umgehung der vom Gesetzgeber ausgeschlossenen Erhöhung der Regelsätze." (vgl. BSG, Urteil vom 07.11.2006 zum Umgangsrecht, Az.: B 7b 14 AS/06). *Schülerbeförderungskosten können daher nicht als Darlehen nach § 23 Abs. 1 SGB II übernommen werden. Ggf. können die Kosten vom zuständigen Träger nach § 73 SGB XII gewährt werden. Der Antragsteller sollte im Rahmen der bestehenden Beratungspflicht nach §§ 13,14 SGB I hierauf hingewiesen werden. Soweit Zuschüsse auf kommunaler Ebene gewährt werden, sind diese nicht als Einkommen zu berücksichtigen. - Hinweise: § 23 SGB II / BB-0000-220904-§ 23; § 11 SGB II, Kapitel 3.3 (Rz. 11.101a); Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen, Beschluss vom 03.12.07 (Az.: L 7 AS 666/07 ER); Bundessozialgericht, Urteil vom 07.11.2006 (Az.: B 7b 14 AS/06).*

Infos: www.gegen-hartz-de (ErSt/DoMi)

@lptraum-DB: Bahnfahren wird 1,8 Prozent teurer

Die Deutsche Bahn AG erhöht zum Fahrplanwechsel am 13. Dezember 2009 die Preise im Nah- und Fernverkehr um durchschnittlich 1,8 Prozent. Dies gilt sowohl für die Normalpreise auf einzelnen Strecken wie auch für Zeitkarten. Der Preis der BahnCard 50 in der 2. Klasse steigt um 5,00 Euro auf 230 Euro; der Preis für die BahnCard 25 bleibt dagegen stabil bei 57 Euro. Vielfahrer müssen für eine Netzkarte (BahnCard 100) in der 2. Klasse in Zukunft 3.800 statt 3.650 Euro bezahlen. Eine Sitzplatzreservierung verteuert sich von Mitte Dezember an um 50 Cent; am Schalter kostet sie dann 4,50 statt 4 Euro je Fahrt. Im Gegenzug weitet die Bahn ihr Angebot "Dauer-Spezial" aus. Auch für dieses Angebot gelten künftig die BahnCard 25 sowie Mitfahrer- und

Kinderrabatte. Überraschungen wie ein neuer "Bedienzuschlag", Aufpreise für die Kofferbeförderung oder Kreditkartengebühren wie bei vielen Fluggesellschaften sind nach Bahnangaben nicht vorgesehen. Personenverkehrsvorstand Ulrich Homburg begründete die Anhebung vor allem mit den gestiegenen Personalkosten. Die Bahn-Tarifpartner hatten im vergangenen Januar Einkommensverbesserungen von 4,5 Prozent für 2009 und 2010 vereinbart. In den Vorjahren hatte die Bahn ihre "Preismaßnahmen" in erster Linie mit den stark gestiegenen Energiepreisen begründet. Von den inzwischen gesunkenen Energiepreisen profitiert der Konzern nach eigenen Angaben wegen langlaufender Verträge indes nur in begrenztem Maße. Der Energieeinkauf

sei nicht billiger geworden, hieß es. Um die Kostensteigerungen vollständig auszugleichen, müsse über die Preisanhebung hinaus weiter gespart werden. Der Bahn-Vorstandsvorsitzende Rüdiger Grube sprach von einer Preiserhöhung "mit Augenmaß". Vorstandsmitglied Homburg betonte, der Anstieg um durchschnittlich 1,8 Prozent sei der niedrigste seit 2004. Die Bahn bleibe damit abermals unter den angekündigten Preiserhöhungen der meisten Verkehrsverbände. Im vergangenen Jahr waren die DB-Fahrscheine um 3,9 Prozent teurer geworden. Der damalige Bahnchef Hartmut Mehdorn hatte deswegen herbe Kritik von Verbraucherschützern und sogar aus der Bundesregierung hinnehmen müssen. Infos: www.bahn.de (ErSt)

@l p t r a u m-Zitate, Infos & Schlagzeilen aktuell im Dezember:

@l p t r a u m-Silvesterkracher zum Jahreswechsel 2009 / 2010:
5 Jahre Hartz IV = Schwarz-Gelbe & Rot-Grüne Knaller = Prosit Neujahr ?!

@l p t r a u m-GVH: Ticket-Preiserhöhung ab 13. Dezember um 1,99 Prozent
 Telefon-Hotline der Region Hannover zum neuen **SozialTarif S** ab November 2009 eingestellt...

@l p t r a u m-DB: Ticket-Preiserhöhung zum 13. Dezember um 1,8 Prozent
 Alkoholverbot in den Nahverkehrszügen der Privatbahn **metronom** ab 15. November 2009. -
 Gilt bereits seit 2,5 Jahren im **RegioBus** - Bei **DB** & **üstra** momentan noch in der Diskussion.

@l p t r a u m-FDP: 662 Euro "Bürgergeld" für alle - Schwarz-Gelb Nein Danke.
 Für 10 Euro Mindestlohn - Für 30 Wochenstunden - Für 500 Euro Eckregelsatz: www.klartext-info.de

@l p t r a u m-Knaller von Pofalla: "Zu Hartz IV stehen wir uneingeschränkt."
 Ronald Pofalla (CDU-Nikolaus) im PHOENIX-Interview anno 06. Dezember 2004, 16:13 Uhr

@l p t r a u m-SPD: "Die deutsche Unterschicht versäuft die Kohle ihrer Kinder."
 Heinz Buschkowsky, **SPD**-Bürgermeister von Berlins "Problem"-Bezirk Neukölln zum Betreuungsgeld...
 (Schwarz-Gelb will ab 2013 mtl. 150,- € an Familien zahlen, die Kinder unter 3 Jahren zu Hause betreuen.)

@l p t r a u m-Schwarz-Gelb verdreifacht Schonvermögen???
*"Das ist ungefähr so, als ob man einem Obdachlosen sagt,
 dass er seine Hausratversicherung jetzt von der Steuer absetzen kann."*
 Comedian Oliver Welke im ZDF über die Entscheidung der schwarz-gelben Koalition,
 das Schonvermögen für Hartz-IV-EmpfängerInnen anzuheben... (heute-show 20.10.2009)

@l p t r a u m-ALG II: 2009 über 18.500 Klagen gegen Hartz-IV-Bescheide
 Bis Jahresende erwarten Niedersachsens Sozialrichter mehr als 18.500 Klagen und Anträge gegen
 fehlerhafte Bescheide zum ALG II, fast dreimal so viel wie 2005 und sieben Prozent mehr als 2008...

@l p t r a u m-Agenda-2010-Fahne nach oben:
*"Die Gralshüter der Agenda 2010 denken heute immer noch, sie müssen die Fahne nach
 oben halten, während schon alle nach links weggehen. Damit kommt man nicht weiter."*
 Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (**SPD**) - Quelle: ver.di NEWS

@l p t r a u m-BigBrotherAwards 2009: Unglückliche Gewinner der 10. Verleihung
Kategorie Politik: Dr. Ursula von der Leyen - **Kategorie Lifetime:** Dr. Wolfgang Schäuble -
Kategorie Arbeitswelt: Deutsche Bahn, Deutsche Post, Lidl, Deutsche Telekom, Drogeriekette Müller, Kreisverwaltung Schleswig-
 Flensburg, Universität Kassel, HDI Gerling, Bäckerei Sehne, KiK Textilien. **Stellvertretend für diese Gesellschaft**
 und als "Punktsieger" in der **Kategorie Kuriosität:** Claas GmbH - **Kategorie Wirtschaft:** Quante Netzwerke GmbH,
 Utimaco Safeware, Datakom, Syborg, Digi-Task, secunet, Nokia Siemens Networks usw. -
Kategorie Sport: Berliner Organisationskomitee der Leichtathletik-WM. - Weitere Infos unter: www.bigbrotherawards.de/2009

@l p t r a u m-Überwachung: "Es gibt in Hannover keine Big-Brother-Situation."
 Hannovers Polizeisprecher Stefan Wittke zur Polizeivideokamera (64facher Zoom) hoch oben am Kröpcke...
 - Der Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen Hans-Joachim Wahlbrink dagegen schätzt:
"...dass vom Hauptbahnhof bis zum Kröpcke rund 500 Überwachungskameras stehen."
 (Und das auf einer Strecke von knapp 300 Metern. - Ist dies etwa keine lückenlose Überwachung???)
 Die **üstra** hat 190 Exemplare in zehn U-Bahn-Stationen installiert. 19 überwachen den Tunnelverkehr,
 4 haben Endhaltestellen im Blick. Außerdem sind in Bahnen 53 und in Bussen 50 Kameras installiert.
 (Siehe [@l p t r a u m-Video-Überwachung 2009: "BigBrother" bei DB-Regio und üstra - 11/2009](#))

+++++ 5 Jahre Hartz IV = 5 Jahre @l p t r a u m 2005 - 2010 +++++
"Albert Einstein & Doc M. Sommer wünschen allen LeserInnen ein frohes Fest und guten Rutsch."
 Über 60 Ausgaben kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau - Infos: www.alptraum.org

"Politbüro-Prekär", Kontaktstelle für Menschen in prekären Lebenslagen, lädt ein:
ABSP-Treffen in Hannover am Samstag, 09. Januar 2010
 Für dieses Treffen sind in der Gemeinde der Erlöserkirche in Linden-Süd, Hengstmannstr. 1 (Nähe Siloah)
 Räumlichkeiten gefunden. - Mitstreiter, auch "nur zur Gästebetreuung", bitte beim [@l p t r a u m](#)-Team melden.
Aktionsbündnis Sozialproteste ABSP - Infos unter: www.die-soziale-bewegung.de

@Ipraum-Hartz IV: ARGE-Meldepflicht trotz Krankheit...

Meldepflicht trotz Krankheit: Ein arbeitsfähiger ALG II-Empfänger muss auch dann zum Besprechungstermin bei seinem Leistungsträger erscheinen (um der Meldepflicht nachzukommen), wenn er erkrankt ist und als arbeitsunfähig gilt. **Ausnahme:** Bei entsprechenden Bescheinigungen durch den Arzt, dass vereinbarte Meldetermine aufgrund von Krankheit nicht wahrgenommen werden können. Das geht aus einem Urteil des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz (**Az.: L 5 AS 131/08**) hervor, mit dem die Richter eine Entscheidung des Sozialgerichts Trier bestätigten. Das LSG Rheinland-Pfalz urteilte: ALG II-Bezieher müssen sich bei der zuständigen Arge melden, auch wenn der Betroffene arbeitsunfähig erkrankt ist. Im konkreten Fall hatte der SGB II-Leistungsträger mehrfach den Kläger zu einer Besprechung eines Bewerberangebots eingeladen. Der Kläger sagte die Termine ab und legte der ARGE entweder eine Bescheinigung über einen gleichzeitig stattfindenden Arzttermin vor oder eine

Krankmeldung (Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung AU). Die Arge verlangte von dem Hartz IV-Betroffenen jeweils eine Bescheinigung vom Arzt vorzulegen, in der hervor geht, dass man aus gesundheitlichen Gründen zu dem anberaumten Meldetermin nicht erscheinen kann. Dieser Anforderungen durch die Arge kam der Betroffene nicht nach. Die ARGE sanktionierte daraufhin und kürzte den ALG II-Regelsatz. Dagegen klagte der Mann vor dem Sozialgericht



Trier. Die Klage blieb ohne Erfolg. Das LSG Rheinland-Pfalz teilte die Auffassung der ARGE: Hartz IV-

BezieherInnen müssen grundsätzlich erscheinen, auch wenn eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vorliegt. Nur wenn die Erkrankung einen Meldetermin nicht zulässt, dürfe der Regelsatz nicht sanktioniert werden. **"Auch die Wahrnehmung eines Arzttermins ist nur dann ein wichtiger Grund für die Versäumung eines Meldetermins, wenn es sich um einen notfallmäßigen oder aus sonstigen Gründen unaufschiebbaren Termin handelt."** Zuvor hatte der Kläger beim Sozialgericht Trier geklagt. Das Sozialgericht gelangte jedoch zu der selbigen Entscheidung. Die Landessozialrichter folgten demnach der Entscheidung des SG Triers und erklärten, wenn der Meldepflichtige zum vereinbarten Meldetermin erkrankte, reiche es nicht aus, arbeitsunfähig zu sein. **"Es kommt vielmehr darauf an, ob er krankheitsbedingt gehindert war, den Meldetermin wahrzunehmen"**, hieß es in der Mitteilung. Infos: www.lsg.rlp.de (DoMi)

@Ipraum-EAO-Tipp: Erreichbarkeits-Anordnung geändert

Die Erreichbarkeitsanordnung wurde für Hartz IV-Betroffene geändert: Die strikte "Residenzpflicht" in den ersten drei Monaten der Arbeitslosigkeit fällt weg. In § 3 Abs. 1 der Erreichbarkeitsanordnung (EAO) wird der Satz 2 gestrichen. Damit entfällt die strikte Residenzpflicht Arbeitsloser in den ersten

drei Monaten der Arbeitslosigkeit. Im Rahmen der dezentralen Handlungskompetenz wird während des gesamten Zeitraums der Arbeitslosigkeit einzelfallbezogen entschieden, ob ein auswärtiger Aufenthalt einer beruflichen Eingliederung entgegensteht. Die bisherige Regelung ist insbesondere wegen der

Pflicht zur frühzeitigen Arbeitsuchendmeldung gem. § 37b (ab 1. Januar 2009 § 38 Abs.1) SGB III entbehrlich geworden. Die geänderte EAO trat in der ersten Kalenderwoche 2009 bereits in Kraft. (Alp)

www.arbeitsagentur.de/.../Anhang-B-Anordnungen-des-Verwaltungsrats.pdf

BSG-Urteil: Übernahme der Einzugsrenovierungskosten bei ALG II

Der Anspruch auf Übernahme der Kosten einer Einzugsrenovierung bei Hartz IV ergibt sich - laut Bundessozialgericht aus § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II. Erneut hat es festgestellt: *"Angemessene Kosten für die Einzugsrenovierung sind daher Teil der Kosten der Unterkunft, wenn die Einzugsrenovierung mietvertraglich vereinbart*

worden ist." (BSG-Urteil vom 02.07.09, **Az.: B 4 AS 77/08 R**) Das bedeutet: Es ist in jedem Fall sinnvoll, mit dem Vermieter eine schriftliche Vereinbarung über die Erforderlichkeit der Einzugsrenovierung und der Kostenübernahme durch den/die MieterIn zu treffen. Aber: Auch wenn dies nicht der Fall war, können im Rahmen des § 22 Abs 1 Satz

1 SGB II grundsätzlich auch weitere einmalige Beihilfen erbracht werden (vgl. Urteil des BSG **B 7b AS 40/06 R** zu Heizkosten - SozR 4-4200 § 22 Nr 4). Zu den Kosten für die Einzugsrenovierung ist das der Fall, soweit sie zur Herstellung der "Bewohnbarkeit" der Unterkunft erforderlich und auch ansonsten angemessen sind. - www.bsg-bund.de (DoMi)

@Ipraum-Testament: ALG II - Wer erbt, kriegt weniger...

Eine Erbschaft führt zu einer Kürzung von Sozialleistungen, das entschied das Sozialgericht Koblenz in einem nun bekanntgewordenen Urteil.

Nach Auffassung des Gerichts handelt es sich hierbei um Einkommen, das auf die staatlichen Leistungen anzurechnen ist (**Az.: S 6 AS 1070/08**).

Eine Erbschaft gilt als Einkommen, nicht als Vermögen.

Das Gericht wies mit seinem grundlegenden Urteil die Klage einer Erbin ab.

Die Klägerin bezieht so genannte Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Als sie von ihrer Großmutter einen Betrag von rund 6500 Euro erbt, teilte die Sozialbehörde diesen Betrag auf zwölf Monate auf und kürzte die monatlichen ALG II-Leistungen an die Klägerin entsprechend. Die Frau war dagegen der Meinung, die Erbschaft sei kein Einkommen, sondern Vermögen. Das aber sei so gering, dass es bei der Berechnung der Leistungshöhe nicht

berücksichtigt werden dürfe. Das Sozialgericht Koblenz sah die Sache anders. Das Gericht betonte, **Vermögen sei rechtlich betrachtet nur, was der Hilfeempfänger bei Beginn der Bedarfszeit bereits besitze.** Als Einkommen gelte dagegen alles, was Betroffene während dieser Zeit wertmäßig zusätzlich erhalten. Daher habe die Behörde die Erbschaft zu Recht als Einkommen gewertet. (DoMi)

Infos: www.sgko.justiz.rlp.de

Meldet Vorkommnisse mit Ämtern - wir veröffentlichen !

Beim nächsten Amts-Besuch, zum JobCenter, zum Sozialamt oder zum Wohnungsamt, empfiehlt das ArbeitsLosenPresse-Traumteam, einfach Papier und Stift, auch einen Freund oder eine Freundin mitzunehmen, das Erlebte aufzuzeichnen, zu skizzieren. Es werden zu diesen Themen weiterhin kreativ-zornige AutorInnen bzw. Material-

und Info-SammlerInnen gesucht ! **Greift zu eurer spitzen Feder !** Falls Ihr euch selbst als nicht so begabt einstuft, so liefert uns doch bitte gut fundierten Geschichtsstoff, der **den Wahnsinn der neoliberalen Politik** anhand sich tatsächlich zugetragenen Begebenheiten **aufzeigen und entlarven** kann. Wichtig ist, dass wir den Lügen und

der gezielten Desinformation entgegenzutreten. Die Landesmedienanstalt hat freien Bürgerfunk eingeschränkt. Ab 1. April **radio flora** nur noch im Internet ! (Alp)



@lptraum-KLARtext zur Krise: **"Die Verhinderung des Weltuntergangs"**

Verstaatlichung der Hypo Real Estate - Ein Beitrag von Rainer Roth (KLARtext e.V.)

Neue Broschüre zur Verstaatlichung der Bank Hypo Real Estate (HRE): Deutsche-Bank-Chef Ackermann prophezeite Ende September 2008 den **"Tod des deutschen Bankensystems"**, wenn die Insolvenz der HRE nicht verhindert würde (BaFin 2008). Zehn Monate später hören wir von Jochen Sanio, dem Präsidenten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), dass am letzten Montag im September 2008 ansonsten sogar der **"Weltuntergang des Finanzsystems"** stattgefunden hätte (FAZ 31.07.2009). Ob es so gekommen wäre, ist äußerst zweifelhaft. Rainer Roth zeigt auf, dass die Verhinderung der Insolvenz und die Verstaatlichung der HRE eher dazu diente, die Gläubiger und Financiers der HRE vor Verlusten zu bewahren. Ohne den Untersuchungsausschuss hätten wir nicht erfahren, dass die HRE angeblich beinahe das weltweite Finanzsystem in den Abgrund gerissen hätte. Banker reden nicht gerne öffentlich über den Weltuntergang, den sie verursachen, obwohl **"damals in den Handelssälen und auf den Vorstandsetagen, reine Panik vor dem Weltuntergang geherrscht habe"**, so der frühere Bankenverbandspräsident Müller (FAZ 19.08.2009). Wie gut, dass es in der Nacht zum 29. September 2008 einen Ackermann und eine Ackerfrau (Merkel) gab, die ihn in letzter Minute verhinderten. Bescheiden wie sie sind, verschwiegen sie lange, was sie geleistet hatten. **Wir können zufrieden sein, dass die Verhinderung des finanziellen Weltuntergangs bis jetzt so billig war. Der Bund ging bisher nur mit rund 100 Milliarden ins Risiko. "Preiswerter ging es für den Steuer-**



zahler nicht ..." (Sanio ebenda). Der Bund hat an der Verhinderung des Weltuntergangs bislang sogar 100 Mio. Euro Gebühren verdient. Die Endabrechnung wird allerdings erst in Zukunft serviert. **Wie jedoch kann eine mittlere Bank, deren Namen kaum einer kannte, den finanziellen Weltuntergang provozieren ?** Welche Bedingungen lagen dem zugrunde ? Welche Geschäfte bereiteten das vor ? **"An einer Aufklärung der Jahrhundertpleite besteht seitens der Regierung und der Bankenaufsicht kein gesteigertes Interesse"** (Berger 2009), **seitens des Finanzkapitals auch nicht.** Die elektrischen Zäune des Bank- und Geschäftsgeheimnisses, die Mauern der Schweigepflicht der Bankenaufsicht, der Bundesbank und des Finanzministeriums und die Maulkörbe für die Abgeordneten, die die Umstände der Rettung in einem Ausschuss untersuchten, bedeuten: **Die, die letztlich bezahlen müssen, sollen nicht wissen, wofür sie haften.**

Vertrauen soll aufrecht erhalten werden, wo keines angebracht ist. Die Geheimniskrämerei legt den Schluss nahe, dass etwas abgrundtief faul ist. Es spricht viel dafür, dass der Weltuntergang im Fall HRE "nur" in bedeutenden Verlusten des Finanzkapitals bestanden hätte; dass es darum ging, die Vergesellschaftung privater Verluste zu erpressen. An vorderster Front stand die Deutsche Bank, die federführend die Verhinderung der Insolvenz der HRE betrieben hat. Die Panik der Banker zeigt aber, dass das Finanzkapital den Zusammenbruch des Finanzsystems grundsätzlich hervorrufen kann. Was hat die HRE in den Bankrott getrieben ? Wem nützt ihre Rettung ? Wieso soll die Allgemeinheit für unbekannte dubiose Geschäfte haften ? Diese Untersuchung leistet einen bescheidenen Beitrag dazu, die wenigen preisgegebenen Puzzlestücke zusammensetzen und eine Antwort zu versuchen.

Der Beitrag liegt als Broschüre (DIN A 5, 48 Seiten) vor und kann gegen eine Spende von mindestens einem Euro und Porto bestellt werden. **Herausgeber: KLARtext e.V., Autor: Rainer Roth,** Berger Straße 195, 60385 Frankfurt/M, Telefon (069) 453832. Gestaltung: Reinhard Frankl. Bestellung der Broschüre (1. Auflage 09/09) gegen eine Spende (mind. 1 €) plus Versandkosten per E-Mail: info@klartext-info.de - Spendenkonto: Klartext e.V., Kto.-Nr. 737607, Postbank Frankfurt, BLZ 50010060 - Infos: www.klartext-info.de (Siehe auch: www.jungewelt.de/2009/09-28/021.php **"Wer zahlt die Zeche ?"** Debattenbeitrag von Rainer Roth. Die Linkspartei und die Verstaatlichung der Hypo Real Estate Bank) (ErSt)

Unterstützt bitte weiterhin unsere ehrenamtliche Arbeit. Spendenkonto: H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptrraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch. Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich. Bei Spendenzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papierausgaben Alptrraum, bitte per Email Hinweis geben Danke.

@lptraum-Hannover-Krimi: "TOD AN DER LEINE" von Susanne Mischke

Die Menschentraube auf dem Altstadt-Flohmarkt am Ufer der Leine verwehrt Kommissar Fernando Rodriguez lange die Sicht auf eine grausame Wahrheit: auf die Leiche einer schönen Frau, die keine Unbekannte für ihn war. Als heimlicher Verehrer der jungen Regisseurin hatte er sich extra für diesen Abend Premierenkarten besorgt. Nun ist er am Boden zerstört. Nicht nur, dass seine Eroberungsträume geplatzt sind - auf das Team der Kripo Hannover um Casanova Fernando Rodriguez, Schafzüchter Bodo Völxen, Rabenmutter Oda Kristensen und Küken Jule Wedekin wartet ein stolzer Berg Arbeit. Und ein gefährlicher Einsatz, der nicht nur menschliche Abgründe offenbart. Denn der Fall der ermordeten Künstlerin führt die Ermittler tief hinab - bis in Hannovers Katakomben.



Susanne Mischke wurde 1960 in Kempten geboren und lebt heute bei Hannover. Sie war mehrere Jahre Präsidentin der "Sisters in Crime" und erscrieb sich mit ihren fesselnden Kriminalromanen eine große Fangemeinde. Hinzu kommen u.a. Erzählungen, Kriminalhörspiele, Drehbücher, Hörbücher sowie Jugend-Krimis. Für ihr Buch "Wer nicht hören will, muß fühlen" erhielt sie die "Agathe", den Frauen-Krimi-Preis der Stadt Wiesbaden. Zuletzt erschienen von ihr "Waldesruh" und "Der Tote vom Maschsee" (@lptraum-Lesetipp 09/2008) - Infos zur Autorin: www.susannemischke.de - Der 2. "Völxen-Krimi" von Susanne Mischke:

"**Tod an der Leine**", Piper Verlag 09/2009, Serie Piper Band 5771, ISBN: 978-3492257718, 268 Seiten, 12,95 € Infos: www.piper-verlag.de (Siehe auch Niedersachsen-Krimi: "**Mord an der Leine**" von Hannes Nygaard - @lptraum-Lesetipp 09/2009) (ErSt)

ver.di-Erwerbslosenausschuß: Verletzung an Stelle von Vernetzung ?

In mehreren Ausgaben wurde von @lptraum Kritik an dem Hick-Hack in den verschiedenen Erwerbslosen-gruppen in Hannover geübt. Heute, nach 5 Jahren = 60 x @lptraum ist festzustellen, dass es leider nur vereinzelt Solidarität in dieser vom Kapitalismus geprägten Weltordnung gibt. Darum war es gut, dass @lptraum bereits bei seiner Gründung im Jahre 2005 clever genug war, sich nicht in irgend eine Abhängigkeit dieser Gruppierungen zu begeben. Der 1. Vorsitzende des ver.di-Ortserwerbslosenausschuß Hannover, Volker Ritter, hat offensichtlich persönliche Abneigungen gegen Redaktionsmitglieder des @lptraum, torpediert jegliche Zusammenarbeit, so Mitglieder oder Sympathisanten des @lptraum Aktivitäten anbieten. Eine bundesweite Vernetzung scheint auch nicht möglich. Der Vorstand des ver.di-Ortserwerbslosenausschuß Hannover, Interessenlage stets zwei gegen einen, beschließt überwiegend außerhalb der Sitzungen, ohne jegliche Transparenz und ohne Protokollierung. Das geschieht sehr oft nicht einmal unter Einbezug des dritten, ordentlich gewählten Vorstandes, der, wenn überhaupt, zu unmöglichen Zeiten angerufen, unter Druck gesetzt wird. Zum ver.di-ELO-Treff am 2. Dez. 2009 sind bisher keine Einladungen raus (Stand 29.11.09). Gerüchten zufolge sind statt dessen exklusive, subversive ? Treffen in der Wesselstraße 1A in Linden Süd montags geplant. Die bisherigen ELO-Treffs (von 2/3 Vorstand beschieden), würden demnächst ganz ausbleiben oder zu Konsum-Veran-



staltungen umfunktioniert werden, die von diesem, nicht über ver.di autorisierten Kreis ausgeht? Die Erwerbslosenarbeit in ver.di beruht auf Satzung und Gruppen-Richtlinien. Ursprünglich bestand der ELO-Vorstand aus mindestens 5 bei der Orga-Wahl 2005 ordentlich gewählten ver.di-Erwerbslosen samt weiterer VertreterInnen. Dieses "Reservoir" ist aus vielen Gründen verbraucht. Der Zustand, dass seit Monaten ein Dreier-Vorstand ständig Mehrheiten vortäuscht, ist nicht mehr haltbar. Nicht ohne Grund war ursprünglich eine Mehrheitsfindung im Vorstand auf 5 Personen übertragen. Der nur noch aus 3 Personen bestehende Vorstand hätte längst verstärkt werden müssen. Durch den Mangel an Transparenz scheint es den ver.di-ELO-Mitgliedern gar nicht bewusst zu sein, mit welchen subversiven und auch offe-

nen Mitteln Macht ausübt wird, um Gegenstimmen zum Verstummen zu bringen. Der Umgang mit Gästen (die ohne ver.di-Mitgliedschaft) im Juni 09 war einfach beschämend. Rechtswidrige Verteilung personenbezogener Daten mit Lichtbild, bei gleichzeitigem Verbot an diese Person, sich überhaupt noch äußern zu dürfen. Volker Ritter, Andreas Schuchard, Ist das die richtige Art des Umgangs mit Menschen ? Ihr seid die zwei, die in diesem Bericht als der 2/3-ver.di-ELO-Vorstand benannt seid. Ihr seid nicht allein ver.di ! Ermöglicht einen demokratischen, handlungsfähigen ver.di-ELO-Vorstand, vielleicht ohne Euch. Die Möglichkeiten, in ver.di eine vernünftige Basis zu finden, die angebotenen Ressourcen wie Netzwerk-Computer und die wöchentliche Nutzung des kleinen Sitzungsraumes für uns als ELO habt Ihr aufgegeben. Der ständige Streit mit der ver.di-Geschäftsführung oder mit ver.di-ELO-Betreuungs-Sekretären ist weder konstruktiv, noch für die Erwerbslosenarbeit hilfreich. Euer Protest beim Sozial-Bündnis Hannover, angeblich im Namen des ver.di-ELO-Kreises, auch gegen fünf der dort anwesenden ver.di-ELOs, hat zum Glück das SozialTicket nicht verhindert. Gut, dass Ihr in den SozialBündnis-Kreis vorzeitig verlassen habt, dass Euer destruktives Ansinnen ignoriert wurde. Betroffene empfinden das SozialTicket als gute Sache. Die Evaluation wird auch von @lptraum konstruktiv begleitet. Egal, ob Rumpel-ELO-Vorstand das als "Kamingespräch" diffamiert. Eine Quittung folgt ? (HaDe)

Die Welt wird nicht durch das Böse bedroht, sondern durch Menschen, die das Böse zulassen

@l p t r a u m

kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau

Dezember - 2009

Unabhängig und absolut parteiisch

Jahrgang 5, Ausgabe 12

+++ lokal und aktuell +++

Mitstreiter findet ihr hier:



Montags - Demo - Hannover

Montags von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr
Offenes Mikrofon für jederman/frau & Kundgebung
Innenstadt, Georgstraße / Schiller-Denkmal
"Aufstehen gegen den Sozialkahlschlag!"

[ka:punkt] Beratungs- und Behandlungsstelle

Gruppenstraße 8 (Innenstadt) 30159 Hannover
"Offene Tür": ein Angebot der katholischen Kirche
Mo. - Fr. 10.00 - 18.00 Uhr, Sa. nur bis 14.00 Uhr
Anmeldung Beratung / Info: Telefon 0511 / 270 739-0

IG Metall-Arbeitskreis "Erwerbslose"

Jeden 1.+3. Mittwoch im Monat 10.00 - 12.00 Uhr
IG Metall - Haus, Postkamp 12, 30159 Hannover

ver.di Ortserwerbslosenausschuss

Jeden 1. Mittwoch im Monat 15.00 Uhr - 18.00 Uhr
"in der Rotation", ver.di - Höfe, Haus C
Goseriede 10, 30159 Hannover (Üstra-Linie 10 +17)
E-Mail: Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de

Arbeitskreis Arbeitslose Linden

Donnerstags 10.00 Uhr - 12.30 Uhr
im Freizeitheim Linden (Raum U 5)
Fred-Grube-Platz 1, 30451 Hannover
E-Mail: info@arbeitslosenkreis-linden.de

muli quer - musik und literatur

Jeden 4. Freitag ab 20.00 Uhr, Nordstadt-Bibliothek
Engelbosteler Damm 57, 30167 Hannover
...musik, lesung, zuhören, fragen, klönen
querkunst hannover E-Mail: wulfhuehn@online.de

Beistand aus Solidarität

Wir helfen uns gegenseitig!

Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de

Ein Begleitservice wird aufgebaut, mach mit!

Telefon 0173 / 1387081

Info: www.gegen-sozialabbau.de/downloads/bstand.pdf

+++ NEU +++

Kontaktstelle "Politbüro-Prekär"

30449 Hannover, Hengstmannstr. 1

Nähe Siloah Krankenhaus

Info-E-Mail: info@gegen-sozialabbau.de

Erreichbarkeit demnächst per Telefon.

Kontaktzeiten werden bekannt gegeben.

Jetzt reicht's! **Politiker, die uns plagen, werden wir verjagen!** Jetzt reicht's!



www.gegen-sozialabbau.de www.alptraum.org



@lptraum: info@gegen-sozialabbau.de



+++ @lptraum-Termine im Dezember 2009: +++

5 Jahre Hartz IV = 5 Jahre @lptraum 2005 - 2009

Über 60 Ausgaben kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau... - Infos unter: www.alptraum.org

Weihnachtsmärkte in Hannover: 11.00 - 21.00 Uhr

Altstadt - Lister Meile - Ernst-August-Platz bis 23.12.2009

Wieso sind Anfang des Monats immer so wenig Euros übrig...?

Schlittschuhlaufen auf Meyers Hof - Rodelgaudi auf 3 Bahnen

"Winter-Zoo!" 28.11.2009 - 10.01.2010: www.zoo-hannover.de

Stimmungsvolles Winterdorf So-Do bis 19 Uhr, Fr-Sa bis 21 Uhr

Dienstag, 01. Dezember 2009: "Ein-Euro-Job-@gentur"

Verkündung der aktuellen (?) @rbeitslosenstatistik für Nov. 2009

JobCenter Region Hannover: www.jobcenter-region-hannover.de

Dienstag, 01. Dezember 2009: WELT-AIDS-TAG...

GEMEINSAM GEGEN AIDS - Infos: www.welt-aids-tag.de

Dienstag, 01. Dezember 2009, 17.30 - 19.45 Uhr: ver.di

AfterWork2009: Arbeitsrecht - Befristung von Arbeitsverträgen

ver.di-Höfe, Rotation, Goseriede 10, 30159 Hannover-City

Mittwoch, 02. Dezember 2009, 16.00 Uhr: erzählcafé...

alle 14 Tage: lesung, zuhören, fragen, klönen, kaffee & kuchen

nordstadt-bibliothek, engelbosteler damm 57, 30167 hannover

Sonntag, 06. Dezember 2009: Osterhasi ?- Nikolausi ?

"Ho, ho, ho, drauß' von der Region Hannover komm' ich her, bringe ALG II-Sanktionen, 1-Euro-Jobs und vieles mehr...!"

Damals vor 61 Jahren, ... anno 10. Dezember 1948:

"Internationaler Tag der Menschenrechte" - Artikel 12:

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: www.un.org

Sonntag, 13. Dezember 2009: Winterfahrplanwechsel

ÖPNV-Fahrpreiserhöhungen: DB 1,8 % - GVH [üstra] 1,99 %

Dienstag, 15. Dezember 2009: Vorratsdatenspeicherung

Das Bundesverfassungsgericht Karlsruhe verhandelt endlich über

die Verfassungsbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung...

Freiheit statt Angst! - Infos unter: www.vorratsdatenspeicherung.de

Donnerstag, 24. Dez. 2009: Schwarzgelber Heiligabend...

"Hartz I, Hartz II, Hartz III, Hartz IV, heut' stehen Angela und Guido vor

Deiner Tür!" - Das @lptraum-Team wünscht all seinen LeserInnen ein

frohes Fest und guten Rutsch ins neue Jahr! - Infos: www.alptraum.org

Silvester, 31. Dez. 2009 / 01. Jan. 2010: Prost Neujahr...?!

Dienstag, 05. Januar 2010: "(K)ein-Euro-Job-@gentur"

Verkündung der aktuellen (?) @rbeitslosenstatistik für Dez. 2009

JobCenter Region Hannover: www.jobcenter-region-hannover.de

Laut Regelsatz stehen ALG II- und Sozialgeld-Empfängern

täglich 1,27 Euro für "Freizeit & Kultur" zur Verfügung!!!

Monatlicher Mobilitätsanteil: 12,82 Euro für BG-Vorstände.

Für "Bildung" laut Hartz-IV-Satz vom 01.07.09: 0,00 Euro...

+++



Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit.

Spendenkonto: H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4
BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

@lptraum gelesen und als interessant befunden? Mitmachen - Weitergeben